

Bezugspreis
Die Halle monatlich bei postamtlicher
Bestellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausgeschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
ausländischen Zeitungsergebnis unter
Gaulle-Zeitungsangabe. Für un-
verlangt eingelegene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Besondere nur mit der Gaulle-
angabe 'Gaulle-Zeitung' gestattet.
Preis der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Abend-Ausgabe.

Gaulle-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. 3. Tagespost. 38 mm dr. Kolonnen-
breite 24. der. Raum mit 30 Pf. u.
10. Zuschlag berechnet und in auf-
Annahmefristen. a. allen Anzeigen-
geschäfts-ang. Reklamen die 78 mm
breite Zeile 1 Mt. u. 10. 1/2. Zuschl.
Anzeigen Annahmefristen. norm.
11 Ltr. für die Sonntags-Nr. abss.
6 Ltr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheinung
tägl. 2 mal. Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a. Dr. Braun-
hauerstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Halle 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 272.

Halle, Donnerstag, den 13. Juni.

1918.

Neue feindliche Angriffe abgeschlagen.

Steigerung der Gefangenenzahl südwestlich von Noyon auf 15 000. — 35 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Die siegreichen Abwehrkämpfe südwestlich Noyon.

Starke Gegenangriffe der Franzosen an der Straße Roye—Estrees—St. Denis Geschritten. — Mehr als 60 feindliche Panzerwagen zerstört. — Bisher mehr als 150 erbeutete Geschütze gewährt. — Der Savieregrund gesäubert. — Weitere 1500 Gefangene eingebracht. — Abermals schwere blutige Verluste der Gegner.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Juni. (Amstsch.)

Werklicher Kriegsausschlag.

Heeresgruppe Kronprinz.

Zeitweilig auflebender Artilleriekampf. Derliche In-

antergefecht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Noyon führte der Franzose erneut starke Gegenangriffe beiderseits der großen Straße Roye—Estrees—St. Denis. Unter schwersten Verlusten brach auch dieser Ansturm zusammen. Mehr als 60 Panzerwagen liegen zerstört auf dem Kampffeld. Die Gefangenenzahl ist auf über 15 000 gestiegen. Die Beute an Geschützen beträgt nach feindlichen Feststellungen mehr als 150. Bei Wöhrer der feindlichen Gegenangriffe fielen einige unserer bis in die vorletzten Infanterielinien hinein aufgeführten Geschütze in Feindeshand.

Nördlich der Aisne drangen Sturmabteilungen in die feindlichen Gräben. Südlich der Aisne griffen wir nach harter Artillerievorbereitung den Feind an, warfen ihn aus seinen Bunkern östlich von Cury—Domniers über diese Orte hinaus zurück. Nördlich von Corcy wurde der Savieregrund von Feinde gesäubert. Wir machten mehr als 1500 Gefangene.

Mehrfach wiederholte feindliche Angriffe nordwestlich von Chateau-Thierry brachen verlustreich zusammen.

In den beiden letzten Tagen wurden 35 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Hauptmann Berthold und Leutnant Wenzhoff erangen ihren 33., Oberleutnant Schleich seinen 29. und 30., Leutnant Beckmann seinen 20. und 21., Hauptmann Reinhardt seinen 20. Luftstich.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Auf zur Ludendorff-Spende.

Eine Hindenburg-Spende haben wir bereits gehabt. Jetzt sammelt das ganze deutsche Volk für eine Ludendorff-Spende, und auch in Halle wird in den nächsten Tagen die Sammlung lebhaft und eifrige Formen annehmen. Man konnte für die Sammlung, die den Kriegsschicksaligen gilt, nicht recht gut einen besseren Namen finden als den des Ersten Generalquartiermeisters Ludendorff, des genialen Gehilfen unserer Nation. Seit den Tagen, wo sich der damalige Generalmajor Ludendorff bei der Eroberung von Lüttich auszeichnete und wo er, wenige Tage darauf, mit Hindenburg auf der Fahrt von Hannover nach Marienburg die ersten Pläne zur Säuberung Ostpreußens von der Russenplage entwarf, steht er dem Herzen des deutschen Volkes nahe. Wenn wir uns aller der zahlreichen und großen Erfolge im Osten erinnern, die uns zum Frieden von Brest-Litovsk führten, denen wir nicht nur an den Weite der deutscher Feldherrentum, an Hindenburg, sondern auch an Ludendorff, die uns beide unertrennlich erscheinen. Im Westen schien die Mauer unserer Gegner unüberwindlich; selbst bei uns gab es genug Stimmen, die es laut aussprachen, daß an ein Zerreißen der tiefgestellten Linien unserer Gegner nicht zu denken sei. Und doch geschah selbst das schier Unmögliche mehrfach. Seit Jahr und Tag trägt ein jeder Feuersbericht, der uns einen kleinen Teil der großen Geschehnisse an der Front mit kurzen Strichen vermittelt, den Namen Ludendorff. Immer wieder werden wir an den General an Hindenburgs Seite erinnert, in dessen Händen zu einem guten Teile das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches liegt.

Sie gibt es keinen weiteren Namen für diese Sammlung zugunsten der Kriegsschicksaligen. Hier zeigt sich noch einmal der Burgfriede im besten Sinne des Wortes. Bei der Betätigung für diese Sammlung kommt noch einmal das Kaiserwort vom 4. August 1914: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, zur schönsten Geltung. Hier gibt es wieder einmal keine Unterschiede der Klassen und der Parteien. Von den Sozialdemokraten bis zu den Konserverativen weiteten alle, um dieser Sammlung zu einem glanzvollen Ergebnis zu verhelfen. In dem heftigsten und leidenschaftlichsten Kampfe um die Waffentoren haben wir hier ein Ziel vor Augen, das uns alle eint: Den Vertrag der Sammlung nach Kräften zu steigern und zu mehren. Die Ludendorff-Spende ist uns eine Erinnerung daran, daß es eine höhere Warte gibt, auf der wir uns stets erneut zusammenfinden: das Vaterland. Denn die, denen die Sammlung gilt, sitzen für jeden unter uns. Ihre Gesundheit wurde geschädigt für die Gesamtheit des deutschen Vaterlandes, nicht für einen einzelnen Stand oder für eine einzelne Klasse. Unsere Dankbarkeit muß eine besonders lebhafte sein annehmen in einer Zeit, wo fast kein Tag vergeht, an dem der Bericht der Obersten Heeresleitung nicht einen größeren Erfolg verkündet. Seit dem 21. März d. J. haben unsere Truppen tief im Lande unserer Feinde Leistungen vollbracht, wie sie für einige Zeiten unerreicht geblieben werden.

Riefenbeträge sind bereits in kurzer Zeit gesammelt worden; schon vor einer Reihe von Tagen ließ es, daß die Sammlung den Betrag von 60 Millionen überschritten habe. Noch sind die Sammlungen bei weitem nicht abgeschlossen, aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß uns einzuweisen noch jeder neue Tag weitere Scharen von Frontkämpfern bringt, denen die zusammengekommenen Beträge zugute kommen sollen. Die Zahl derjenigen Feldgrauen vermehrt sich immer noch, denen etwas Liebes angetan werden soll. Das soll kein Alibi sein! In mehreren Artikeln an anderer Stelle dieses Blattes sind die Zwecke und Ziele der Ludendorff-Spende eingehend dargelegt worden. Sie will die Kriegsschicksaligen so fördern, daß bei ihnen nicht das Gefühl aufkommt, als ob sie durch die im Kriege erlittenen körperlichen Beschädigungen überflüssig wären. Unsere Kriegsschicksaligen Feldgrauen sollen mit den freiwillig aufgetragenen Beträgen so gefördert werden, daß sie die Lebensfreude nicht verlieren und noch wie vor das Gefühl von nützlichen Mitglieðern der menschlichen Gesellschaft haben. Die Ludendorff-Spende soll abererlei als auch nicht im geringsten die selbstverständliche Hilfe des Reiches und des Staates ersetzen. Dem Reiche sollen durch die Sammlungen in keiner Weise die Verpflichtungen gegenüber den Kriegsschicksaligen abgenommen werden. Im Gegenteil! Aber die staatlichen Einrichtungen können doch immer nur ganz allgem. forcen. Sie können eine allgem. Rente

22 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 12. Juni. (Amstsch.) Im Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote 6 Dampfer von zusammen 22 000 B.R.-T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Den überschwenglichen Behauptungen von Lloyd George über das angeblich erzielte Gleichgewicht zwischen Schiffbau und Schiffzerstörung tritt unter dem 30. Mai auch das erste englische Neederlächst „Fairplay“ mit ruhiger Sachlichkeit entgegen. Es schreibt: „Die letzte Rede von Lloyd George in Windsor kennzeichnet sich wiederum durch dieselbe Unbestimmtheit, die wir an ihm gewohnt sind, und die sich zwar lieblich anhört, aber als dürftig herausfällt, sobald man ihr auf den Grund geht. Wir zweifeln natürlich nicht an dem guten Glauben des Premierministers, aber erkennen weder Zweck noch Berechtigung für seine ständig wiederholte Hoffungslosigkeit. Tatsache ist, daß England nach den amtlichen Angaben der Admiralität im ersten Viertel dieses Jahres 320 280 B.R.-T. erbaute und 695 380 B.R.-T., also über das Doppelte der Neubauten, verlor. Dies ist eine Entwicklung, die mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch führt, wenn sie nicht aufgehalten wird.“

Nach amtlichen deutschen Angaben ist das Verhältnis zwischen Schiffbau und Verlusten für erklären noch erheblich ungünstiger. Nachdem aber auch die „Times“ vom 4. April, sowie „Daily Telegraph“ und fast alle übrigen urteilsfähigen Stimmen drüben das Schiffbauergebnis der ersten drei Monate dieses Jahres als „enttäuschend“ bezeichnet haben, bleibt für deutsche Begriffe nur noch zu verwundern, daß ein seefähiges Volk wie die Engländer sich von einem Minister vom Schlage Lloyd Georges immer wieder täuschen läßt. Als einzige Erklärung hierfür bleibt, daß sich im weiten britischen Reiche kein Staatsmann findet, der die Erblichkeit eines Lloyd George heute noch übersehen möchte.

Die Pariser Bahnlinie nach Reims gesperrt.

Berlin, 13. Juni. (Vertrautelegramm.) „Morning Post“ meldet: Die Pariser Bahnlinie nach Reims ist seit Tagen zeitweilig gesperrt, doch erliefet der Verkehr Paris—Reims dadurch keine Unterbrechung. Man hat die Weiterzeugung, daß der Verkehr auf Compiègne bau, die feindlichen Besatzungen zu verwickeln, der alles zu einem Hauptstoße vorbereitete. Die militärische Lage hat sich zweifellos seit dem 22. März nicht zu unseren Gunsten geändert.

Die Bangigkeit besteht immer noch.

Berlin, 13. Juni. (Vertrautelegramm.) Die „Rheinische Volkszeitung“ meldet aus Zürich: Trotz der Beförderung, die in unseren Kreisen einsetzt, ist „Schreckens-Bericht“ besteht in

ihre Mandantendivisionen zu einem Hauptstoße gegen Paris konzentrieren. Es ist dies ein Punkt, wo ein Zehntel unserer Bevölkerung lebt, es ist der Mittelpunkt unserer Drehachse unserer großen Eisenbahnen, es ist Herz und Kopf Frankreichs. Herz weiß darauf hin, daß die französischen Divisionen nicht überren, Galas zu beden, als es droht, fallen, und daß föhentlich nicht eine falsche Scham die Franzosen abhalte, Paris im Notfall durch englische Divisionen bedeu zu lassen.

Was die Franzosen berichten.

WTB. Französische Heeresbericht vom 11. Juni, abends. (Bespielt eingetroffen.) Die Soldat, banerte heute von Mandant bis zur Aisne fort. Zur linken unternahmen unsere Truppen unterführt durch Sturmtruppen heute nachmittags einen Gegenangriff auf einer Front von 12 Kilometern zwischen Ribecourt und St. Maur. Trotz erbitterten feindlichen Widerstand haben wir den Südrand von Le Fresnoit erreicht und unsere Linien mehr als zwei Kilometer vorwärts getragen. Westlich von Mery haben wir ferner Bellon und den Wald von Genlis wieder genommen und den Südrand von St. Maur erreicht. Der Feind, der schwere Verluste erlitt, ließ mehr als 1000 Gefangene und einige Geschütze in unseren Händen. Im Zentrum wurden die Deutschen, denen es gelungen war, südlich der Ferme Lapes und Antheil vorzustoßen, bis herseits dieser beiden Punkte von unseren Truppen zurückgeworfen, die in Uebereinstimmung mit den Nachbarteilen vorzudringen. Zur Rechten lagte der Feind unter Verstärkung seines Druckes das Material zu gewinnen. Mehrere gegen Chemincourt gerichtete heftige Angriffe wurden abgewiesen. Es gelang dem Feinde, in Rogemont und Bethencourt Fuß zu fassen, die heftig umkämpft sind. Südlich vom Durca nahmen amerikanische Truppen glänzend heute morgen den Wald von Belleau und machten 300 Gefangene.

Neue Verhaftungen in Turin und Mailand.

Zürich, 12. Juni. (Vertrautelegramm.) Auch Mailänder Meldungen haben in den letzten Tagen in Turin und Mailand neue Verhaftungen von Gewerkschafts- und Sozialistenführern mitgeteilt.

Eine sozialistische Friedensinterpellation in Rom.

Zürich, 12. Juni. (Vertrautelegramm.) Dem „Avanti“ zufolge haben die Sozialisten in der italienischen Kammer für die Wiedereröffnung der Kammer die abermalige Einbringung der sozialistischen Friedensinterpellation beschlossen, sowie die Einbringung einer zweiten Interpellation, die von der Regierung auf Lösung der Pariser Fortsetzung, wie sie sich gegenüber neuen feindlichen Forderungen abgeben zu verhalten gedenke, um bald das Ende des Weltkrieges herbeizuführen.

hoff. Spende heftend eingreifen und sich um das fernere Schicksal des einzelnen etwas näher kümmern.

Wenn wir einen der selbigen Anwalde auf der Straße sehen, dann werden wir stets aufs neue erinnert an die großen Aufgaben, die auf diesem Gebiete noch zu lösen sind. Ihnen allen, ohne jede Ausnahme, soll durch die Verboderrück-Spende nach Kräften geholfen werden. Das be- dingt, daß wir uns auch alle an der in diesen Tagen hier erfolgenden Sammlung beteiligen. Es kann und darf hier keine Ausnahme geben. Durch eine Beteiligung an der Auf- bringung der erforderlichen Mittel können wir uns das Ge- fühl verschaffen: Auch du hast zur Unterstützung der Zwau- sider beigetragen, auch du hast direkt an der Milde- rung dieser Kriegswunden geholfen. Das ist ein Gefühl, das jeden- mahl Befriedigung verschaffen kann. Es gilt in den nächsten Tagen denselben Hebelnimm zu betonen und zu zeigen, daß wir immer noch ein einig Volk von Brüdern sind. In diesem Geiste durchgeführt, wird die Sammlung auch hier ein glän- zendes Ergebnis zeitigen! C. H.

Beendigung der Beratung des Stempelsteuergesetzes.

Der Hauptausschuß des Reichstages verhandelte am Mitt- woch weiter über einen sozialdemokratischen Antrag, in das Reichstempelgesetz als neue Vorbestimmung einzufügen, daß der Zinsbesitz unter den erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zulässig sein kann, daß Personen, die gemerksmäßig Geschäfte in Wertpapieren betreiben, von der Verpflichtung zur Aus- stellung von Schulnoten entbunden sein sollen.

Unterstaatssekretär Schiffer: Der Antrag bedeutet ein großes Entgegenkommen gegen die Wünsche der Interpellanten. Wir haben uns davon überzeugt, daß ein solches Entgegen- kommen berechtigt und möglich ist.

Der Antrag wird angenommen. Eine Reihe weite- rer Artikel gelangt unverändert zur Annahme.

Ein Antrag des Zentrums will dem § 110 des Reichs- stempelgesetzes folgende Fassung geben: Die Landesgesetz- gebung regelt unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges die Rechtsmittel, die hinsichtlich der Verpflichtung zur Ent- richtung der in diesem Gesetz festgestellten Abgaben zünftig zulässig sind. Bis zum Inkrafttreten des Landesgesetzes ist die Regelung von der Landesregierung zu treffen. Nach Eröffnung des landesrechtlichen geordneten Rechtsweges ist binnen einem Monat die Rechtsbeschwerde an den Reichsoberverwaltungsamt zu richten.

Unterstaatssekretär Schiffer: An sich besteht keine Not-wendigkeit, hier den ordentlichen Rechtsweg auszuschalten, auch wenn der Reichsoberverwaltungsamt in Kraft tritt. Man sollte die Frage zurückstellen.

Der Ausschuß beschließt demgemäß. Der Unterstaatssekretär Schiffer betont jedoch gegenüber der Erklärung eines Ausschußmitgliedes, daß das Stempelgesetz bis zum 1. Juli nicht vorzubereiten werden kann, daß die Banken mit dem 1. Juli eine neue Abrechnung beginnen. Demgemäß wird beschlossen, daß die Abgabe erstmalig von den für die Zeit nach dem 30. Juni 1918 bis zum Schluß des Geschäftsjahres berechneten Saldoansätzen zu erübrigen ist. Die Regierungsvorlage hatte die Zeit nach dem 31. Juli 1918 in Aussicht genommen.

Mit dieser Veränderung wird der Rest des Stempelgesetzes angenommen. Am Donnerstag beginnt die Beratung des Gesetzes gegen die Steuerflucht.

Ernährungsfragen im Ausschusse.

Der Ernährungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Bericht seines Unterausschusses über den Antrag der Ag. Dr. Hoffke (konf.), Geld (Stat.), und Fegter (Sp.) auf Änderungen in der Organisation unserer Ernährungspolitik. In der Aussprache sprach Staatssekretär Dr. v. Waldow, über dessen Ausführungen wir bereits be- richteten.

Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten hält an dem Grundgedanken eines völligen Verbotes des Privat- güterverkehrs fest, verlangt mindestens aber stärkere Kon- trollen auf der Eisenbahn.

Der Ausschuß lehnte alle auf seine Änderung der jetzigen Ernährungspolitik gerichteten Anträge ab und beschäftigte sich dann mit der Frage der Rentierhaftung von

Obst und Gemüse.

Dazu führte der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst Oberregierungsrat v. Zilly aus: Der Festlegung von Höchstpreisen gehen ständig Beratungen mit den Erzeugern, Händlern und Verarbeitern voraus. Dabei schlagen in der Regel gerade die Verarbeiter die höchsten Preise vor, mit der Begründung, daß es ihnen vor allem darauf ankomme, Ware zu erhalten, die Preis je Neben- sache. Bei der diesjährigen Festsetzung der Kirschener- preise konnte die Kirschenernte bereits übersehen werden. Die Einkünfte an Kirschener sind deshalb so gering, weil die Kirschenernte in diesem Jahre etwa nur ein Drittel einer normalen Ernte betrug. Die Kirschener, daß die Festlegung der Höchstpreise eine Verminderung des Angebotes zur Folge habe, sind nicht richtig. Nichts ist mir, daß in den Erben nicht mehr zu überhöhen verkauft wird. Die freien Schichten des Volkes können jetzt Gemüse und Obst kaufen, und es wird deshalb schneller umgelegt. Die unge- setzte Menge aber an sich ist erheblich größer. In der Presse sind laienhafte Äußerungen über verdorbene Ware melde. Somit es sich um Wärmelade handelt, die unter Aufsicht der Reichsstelle hergestellt wird, leisten die Familien eine Garantie von drei Monaten. In dieser Garantiezeit ist Wärmelade nie verdorben. Allerdings ist es vorzunehmen, daß einzelne Kommunalverbände verpflichtet haben, Wärmelade aufzubereiten. Diese ist dann erdorthen, weil die jetzigen höchsten Verkaufspreise eine längere Erhaltung nicht möglich machen.

Die Arbeit des Verfassungsausschusses des Reichstages.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages verhandelte über die Vorlage auf anderweitige Zusammenfassung des Reichstages und auf Einführung der Verhältniswahl in den großen Wahlkreisen in zweiter Lesung. In der ersten Lesung war nach einem Antrage Dr. Müller-Meiningsen beschlossen worden, daß, wenn die Zahl der auf einen Wahlkreis ent-

fallenden Einwohner nach den beiden letzten allgemeinen Volkszählungen mehr als 200 beträgt, je ein neuer Abgeordneter bei der nächsten allgemeinen Wahl für eine weitere angefangenen 200 000 Einwohner auf Grund der Verhältniswahl gemählt werden soll.

Staatssekretär Wollast erklärte hierzu, daß durch die Einführung dieser neuen Bestimmung in die Vorlage deren Inhalt dementsprechend geändert würde. Trotzdem wurde der Antrag, und zwar mit größerer Mehrheit, wiederum an- genommen.

Bei § 9, in dem die freie Liste der Vorlage der Ausschuß die gebundenen Listen eingefügt hatte, werden noch- mals die Vorzüge und Nachteile beider Systeme besprochen. Es blieb bei den gebundenen Listen unter Hinaufnahme des ausdrücklichen Verbots der Kommunitierung von Stimmen. Bei § 15 wurde nach einem Antrage Dr. Müller-Meiningsen beschlossen, daß die Wahlordnung und jede Abänderung der Zustimmung des Reichstages bedarf.

Ag. Graf Westarp (konf.) begründete einen Antrag, monach mit der fünf größten Königberger, Danzig, Stettin, Magdeburg und Altona sich diejenigen Bezirke zu einheitlichen Wahlkreisen vereinigen sollen, die früher mit ihnen eingemeindet waren. Die jetzigen Wahlkreise seien unnatürlich, da ohne inneren Grund ganze Stadtbezirke zu- sammen mit den benachbarten Landwahlkreisen wählen und es damit diesen Kreisen erschweren, ihre politische Stellung zum Ausdruck zu bringen.

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Der Kampf um das Branntwein- Monopol.

Der Reichstagsausschuß für die Beratung des Brannt- weinmonopols setzte seine Beratungen fort. Unterstaatssekre- tär Schiffer verlangte, daß die Vorlage bis dem 6. Juli, dem Tage der Reichstagsvertagung, fertiggestellt werden müsse. Aus der Mitte des Ausschusses wurde demgegenüber betont, es sei gar nicht daran zu denken, das Gesetz bis dahin fertig- zustellen. Höchstens könnte man Unterstaatssekretär Schiffer sein Verlangen in eine etwas mildere Form gefasst hatte, wurde jedoch entgegen einem Verlangen des Ausschusses die Beratung fortgesetzt. Brauereireise verlangten eine Gleich- stellung mit den Obstbrennereien, eine Forderung, die wegen der Vertriebsfreiheit der für Brennweine in Frage kommenden Bierbrauerei-Richtlinie abgelehnt wurde. In lebhaften Auseinandersetzungen führten Anträge des Ag. Kreis (konf.), die verhalten sollen, daß ein künstlicher anders zu- sammengesetzter Reichstag das Branntweinmonopol von den- nem der Händlern wurde den Anträgen scharf entgegengetreten und betont, man habe bisher für die landwirtschaftlichen Brennereien schon so viel getan, daß zu tun fast nichts übrig- bleibt, so daß man den Regen nicht zu krafft spernen dürfe. Man dröhte mit der Abschaffung des Monopols für den Fall der Annahme des Antrages Kreis. Der Antragsteller ver- wies zur Begründung seiner Anträge auf die Unmöglichkeit, das Brennereimonopol einer allmählichen Reichstagsmehrheit vorzugeben. Der Schluß der für die landwirtschaftlichen Brennereien besteht, diese nicht einer ungeschickten Ent- wicklung preisgeben zu lassen. Unterstaatssekretär Schiffer: Es ist wahrscheinlich, daß der künstliche Spiritus ungemehmt den Kartoffelspiritus niederrücken wird. Anderer- seits darf die technische Entwicklung nicht aufgehalten werden. Wir müssen eine Lösung finden, bei der nicht Wirtschaftarten von größter Bedeutung aus rein technischen Gründen mit einem Strich vernichtet werden. Man sollte abwarten, ob der Entwurf den richtigen Mittelpunkt einhält. — Ag. Hoch (Soz.): Hätten wir ein Monopol für Spiritus in der ganzen Welt, dann könnten wir durch die Gesetzgebung die Entwicklung hemmen, aber wenn das Land Reichs- spiritus in großen Mengen herstellen kann, Deutschland doch nicht zurückbleiben. Die Industrie braucht Spiritus und muß ihn ebenso billig haben können wie im Ausland. — Ag. Wand (Sp.): Wir denken nicht daran, daß landwirtschaftliche Brennereireise zu vernichten, wohl aber wollen wir die Nebenfontingente allmählich abbauen. — Ag. Dietrich (konf.): Wir müssen vermeiden, daß die landwirtschaftlichen Brennere- reien durch den heimischen Spiritus vernichtet werden. Das Spiritusgesetz ist nicht nur ein Steuergesetz, sondern auch ein wirtschaftliches Gesetz. Ag. Kreis: Die Gesamtvolkswirt- schaft soll also geschützt werden zu gunsten einer wirt- schaftlichen Gruppe. Ueber die Anträge Kreis wird erst abge- stimmt, wenn sie schriftlich vorliegen.

Eine Reihe von Paragraphen wird unverändert an- genommen. Ein Antrag des Zentrums will die kleinen Brennereien einperimeternd Rechte aller Brennereien bis zu 10 Hektoliter einräumen und fordert, daß abgegebene Obst- brennereien auf ein anderes Grundstück übertragen werden können. Der Antrag wird begründet unter Hinweis auf die besonders in Süddeutschland vorhandenen zahlreichen kleinen und mittleren Brennereibetriebe. Von der Rege- rung und aus der Mitte des Ausschusses wurde der Antrag bekämpft, weil er Betrügereien Tür und Tor öffnen würde.

Die Getränkesteuern im Ausschusse.

Der Reichstagsausschuß für die Beratung der Getränke- steuern setzte die zweite Lesung der Weinsteuer fort. Der Kommissionsantrag, der die Weinsteuer, die bei der ersten Lesung von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt war, wieder auf 20 Prozent erhöht, den Zinsbesitz aber ermächtigt und auf- heben des Reichstages verabschiedet, kann Kräftigende die Weinsteuer für Weine bis zu 2 Hl. des Liter auf 15 Prozent herabzusetzen, wurde angenommen. Der Ausschuß beschloß eine Beibringung des Gesetzes; es soll am 1. April außer Kraft treten. Im übrigen wurden an den Beschlüssen der ersten Lesung nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen. Bei der Schamweinsteuer wurden die Beschlässe erster Lesung bestätigt, nur soll Schaumwein, der innerhalb des deutschen Zollgebiets hergestellt und verkauft wird, auf der Fläche als „Deutsches“ gekennzeichnet sein. — Am Donnerstag wird die Biersteuer in zweiter Lesung beraten.

„Wo bleibt Oesterreich?“

Köln, 11. Juni. Die „Köln. Ztg.“ meldet von der Schweizer Grenze: Unter der Überschrift: „Wo bleibt Oesterreich?“ beschloß sich der „Berliner Tagblatt“ mit demselben Verichten und Vermutungen über das augenblickliche militärische Ver- halten und Können bezugnehmend über die Verhältnisse Oesterreich-Ungarns. Dem laut das Blatt: Wir sind nun in der Lage, diese verschiedenen Auffassungen als

unlösbar nachzuweisen. Oesterreich-Ungarn hat seine ganze Armee bekanntlich unter den Oberbefehl Hindenburgs gestellt. Bei den Mittelmächten herrscht in allen militärischen Opera- tionen ein einziger Wille. Was in Frankreich geschieht oder in Bulgarien oder was in Italien geschieht, das ist alles wohl erwogen und muß einem einzigen großen Plane dienen. Wenn also die Oesterreichischen Heere immer noch stillstehen und es gelassen lassen, daß die italienischen Divisionen nach Frankreich abgeführt werden, so beweist das nur, daß Hinden- burg den Fronten die italienischen Divisionen ebenso wenig eine entscheidende Bedeutung für den Endsiege beimißt, wie die Amerikaner. Viel wichtiger ist es für die Entscheidung, daß die Oesterreich-ungarische Armee intakt für den Augenblick zur Verfügung steht, wo die ganze Kraft der verbündeten Mittelmächte eingesetzt werden muß. Das Zurückfallen der Oesterreicharmee heißt nur, daß die drei großen Offensiven in Frankreich, Rumänien, noch größerer Dinge waren, und bei diesen werden die Salzen Hasburgs nicht fehlen.

Wie Feldmarschall Kövcs urteilt.

T. U. Budapest, 13. Juni. „Vesti Hirlap“ veröffentlichte eine Unterredung mit Feldmarschall von Kövcs über die Welt offenge. Der Feldmarschall sagte unter anderem: „Dank der ausgezeichneten Führung und der Tapferkeit der deutschen Truppen geht die Offensive unaufhaltsam vorwärts. Durch die Reue darf sich das Publikum nicht betören lassen. Auch ist der Erfolg nicht an den Beschaffen- heit der Punkte gebunden; das Hauptziel ist es, den Feind nach dem Fronten zu erkennen, wo der Feind am meisten zu schlagen ist. Die Abwehr der deutschen Heeres- teilung bleibt, die deutschen Soldaten so viel wie möglich zu schonen. Es ist zweifellos, daß es der deutschen Heeresleitung in absehbarer Zeit gelingen wird, die Feinde so zu schlagen, daß wir der Errei- chung eines vollständigen Friedens ein mächtiges Stück näher kommen.“

Schließlich sprach Feldmarschall Kövcs die Ueberzeugung aus, daß die amerikanische Hilfe nicht mehr imstande sein wird, an dem Ausgange des Feldzuges und damit des Weltkrieges etwas zu ändern.

Graf Burian für die austropolnische Lösung.

T. U. Berlin, 12. Juni. Die gestrigen Besprechungen des Oesterreich-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Burian mit dem Reichstagspräsidenten Dr. Grafen v. Hertling waren heute normiert fortgesetzt. Die beiden Staats- männer konzentrierten hier Stimmung und beendigten nach- mittags in einer zweifelhafte Beratung ihre Besprechungen. Ueber die Besprechungen der beiden Staatsmänner machte der Reichstagspräsident im R. u. K. Ministerium des Auswärtigen, Legationsrat Graf Colloredo-Mansfeld, einem Vertreter der „Nat. Ztg.“ folgende Mitteilungen:

Graf Burian hat in der polnischen Frage seinen Standpunkt, der für die sogenannte austropolnische Lösung eintritt, nicht verändert. In der Besprechung wurde heute normiert fortgesetzt. Die beiden Staats- männer konzentrierten hier Stimmung und beendigten nach- mittags in einer zweifelhafte Beratung ihre Besprechungen. Ueber die Besprechungen der beiden Staatsmänner machte der Reichstagspräsident im R. u. K. Ministerium des Auswärtigen, Legationsrat Graf Colloredo-Mansfeld, einem Vertreter der „Nat. Ztg.“ folgende Mitteilungen:

Graf Burian hat in der polnischen Frage seinen Standpunkt, der für die sogenannte austropolnische Lösung eintritt, nicht verändert. In der Besprechung wurde heute normiert fortgesetzt. Die beiden Staats- männer konzentrierten hier Stimmung und beendigten nach- mittags in einer zweifelhafte Beratung ihre Besprechungen. Ueber die Besprechungen der beiden Staatsmänner machte der Reichstagspräsident im R. u. K. Ministerium des Auswärtigen, Legationsrat Graf Colloredo-Mansfeld, einem Vertreter der „Nat. Ztg.“ folgende Mitteilungen:

Der Scheinriegel Clemenceaus.

Der Ansturm der Sozialisten.

Bern, 11. Juni. Die nationalistische Presse betont hin- sichtlich der Kammerverhandlung und der Rede Clemenceaus, daß dieser eine genügende Mehrheit er- halten habe, „um auf das Land geehrt, weil Wert fortsetzen und vollenden zu können“. Die Ausführung des Minister- präsidenten werden in der üblichen Weise gerühmt. Ein ganz anderes Bild, geben die Besprechungen in der sozialistischen Presse, die an Heftigkeit nichts zu wün- schen übrig lassen.

In der „Humanität“ betont Renaudel nochmals, daß die Sozialisten kein politisches Mandat und keine Gewalt gegen Clemenceau durchführten, sondern nur die Macht gegen- vorkant hätten. Ihre Absicht sei aber durch Clemenceau vereitelt worden. Er habe übrigens nur dem Scheine nach gestimmt. Beim Verlassen des Sitzungssaales hätten viele Abgeordnete, die bei Clemenceau gestimmt hätten, die An- sicht geäußert, daß mit einem Manne, wie Clemenceau, kein Ministeramt, kein Kriegskomitee und kein Verfaller Kriegsrat mehr möglich sei. Daß Clemenceau allein nicht mehr genüge, habe die Sitzung gezeigt. Clemenceau sei immer noch nicht mehr Herr. Er erhebt sich in groß- rednerischen Phrasen. Wo er Tatsachen anführt, gebe er sie falsch wieder. Die Zukunft sei nicht gerade erhellend aus. Daß die Deutschen wieder in Rußland länden, das sei die Ant- wort auf dies alles.

Tage darauf erklärt Renaudel in der „Humanität“, Cle- menceau ist der Mann der Sagen. Auf militärischem, politischem und sozialdemokratischem Gebiete hat er Frankreich wirklich schon in eine Sackgasse geführt. Will man denn Frankreich wirklich darin festsitzen lassen?

Gegen Joahs Reserven.

Bern, 11. Juni. Hilarie Belloz wendet sich in „Dalle News“ gegen die irrtümliche Auffassung, daß die Ziele der derzeitigen deutschen Offensivtät topographischer Natur seien. Seit dem 21. März komme der deutschen Heeresleitung offenbar nicht darauf an, bestimmte strategisch und politisch wichtige Punkte, wie Litauen und Paris einzunehmen, sondern das weit größere Ziel zu erreichen, die allier- ten Armeen aufzureiben, die Moral der Zivil- bevölkerung und sogar die militärische Moral des Gegners durch eine Reihe schneller Schläge zu erschüttern, deren geo- graphische Richtung viel weniger bedeutend sei als der huma- nitarische Zweck. Schluß auf S. 1 a g. Die Deutschen hätten für diesen Zweck eine neue Taktik erfunden, die Haupt-